

Analyse

Lars-Torben Oltrogge Der Staatsanwalt begründet diese Woche, weshalb Jörg Kachelmann verurteilt gehört. *Von Thomas Knellwolf*

Das Phantom in der Kachelmann-Oper

Kommt eine Kamera in seine Nähe, hält Lars-Torben Oltrogge sich die Hand vors Gesicht, oder er verschwindet. Der junge Staatsanwalt tut viel, damit kein Foto und keine biografischen Angaben von ihm in den Medien erscheinen - lange erfolgreich. Bis zum Prozessauftakt gegen Jörg Kachelmann blieb Opernliebhaber Oltrogge ein Phantom. Mittlerweile existieren immerhin Porträts.

Wobei das mit dem Opernliebhaber auf einer alten Angabe beruht. Wer vertieft sucht, findet nicht nur heraus, dass der Staatsanwalt als Skifahrer manchmal Bündner Pisten unsicher macht. Er stösst auch auf eine einzige Publikation von Lars-Torben Oltrogge: einen kurzen Bericht in einer juristischen Fachzeitschrift über sein Praktikum bei der UNO-Kommission für Internationales Handelsrecht in Wien. Dem Autor hats gefallen in Österreichs Hauptstadt. Er verrät, dass



es ihm «nie langweilig» war, dass er «die unvergleichliche Atmosphäre der Stehplätze in der Staatsoper» genossen habe und ebenso die «Besuche der gemütlichen Heurigen». Die Informationen stammen aus dem Jahr 2000.

Kurz darauf muss Lars-Torben Oltrogge, gerade 25-jährig, bei der Staatsanwaltschaft Mannheim angeheuert haben. Seither arbeitet er dort - mit Unterbrüchen: Zwischenzeitlich war er ebenfalls in Baden-Württemberg als Richter tätig. Als Staatsanwalt beschäftigte er sich die meiste Zeit mit Sexualdelikten an Kindern und Jugendlichen.

Mit seiner Haarpracht und in der schwarzen Robe wirkt Oltrogge auch in der Rolle des Anklägers wie ein viktorianischer Richter - allerdings nur optisch. Die Reaktionen des Schnelldenkers und

-sprechers wären dafür zu eifrig und manchmal zu aggressiv. Den zurückhaltenderen Part übernimmt neben ihm im Landgericht der väterliche Oberstaatsanwalt Oskar Gattner. Während der Ermittlungen schlüpfen die beiden manchmal in die Rollen des «good cop» und des «bad cop» - zwar nicht so klischeehaft wie im Krimi, aber doch irgendwie. Gattner gab sich einfühlend, Oltrogge hartnäckig.

Auf die Anzeigerstatterin gegen Jörg Kachelmann hinterliess er jedenfalls einen fordernden Eindruck. «Böse» sei Oltrogge gewesen in ihrer Einvernahme, hat sie, das mutmassliche Opfer, sogar gesagt. Der Staatsanwalt hatte ihr gedroht, sie komme «in des Teufels Küche», wenn sie weiterhin nicht die Wahrheit sage. Prompt gestand sie wenig später eine Lüge ein.

Schlagfertig und juristisch beschlagen, macht Oltrogge auch Kachelmanns Verteidigern oft zu

schaffen. Er kann kontern: Als die Verteidigung einen ihrer Gutachter den «Beckenbauer der Rechtsmedizin» nannte, bezeichnete er einen anderen, ihm genehmeren, als «Uwe Seeler der Rechtsmedizin». Als sie behauptete, das Gericht sei «dem Ziel der Rehabilitierung Kachelmanns sehr viel näher» gekommen, schüttelte Oltrogge seinen schmalen Kopf: «Ich halte das für Wunschenken.»

Nun, am 41. Verhandlungstag, hat Oltrogge seinen grossen Auftritt. Er muss begründen, weshalb er nach wie vor findet, dass Jörg Kachelmann vergewaltigt hat. Oltrogge könnte sich zwar theoretisch der Überzeugung der Verteidigung anschliessen, dass der Schweizer Wettermann unschuldig ist. Doch alles deutet darauf hin, dass er am Mittwoch in seinem Plädoyer eine mehrjährige Haftstrafe für den Angeklagten fordert. Das Urteil geben die Richter am 31. Mai bekannt.

Umstürze Demokratien brauchen den politischen Wettbewerb. *Von Jonathan van Eerd**

Kein stabiles System ohne Opposition

Der Umsturz in Ägypten war das Werk der Opposition. Doch wer ist die ägyptische Opposition überhaupt? Sie präsentierte sich als relativ unorganisiertes Konglomerat von frustrierten Jugendlichen, der Muslimbruderschaft und Mohammed al-Baradei, dem Ex-Chef der Internationalen Atomenergiebehörde. Damit zeigt sich exemplarisch das Dilemma bei Revolutionen gegen autokratische Regimes: Je stärker und länger sich ein repressiver Staatsapparat entfalten konnte, desto grösser sind nicht nur die Ressentiments in der Bevölkerung, desto unorganisierter ist auch die Opposition.

Eine starke, organisierte Opposition ist aber nicht nur während der Revolution wichtig. Es braucht sie auch, damit sich ein junges demokratisches System festigen kann. Eine solch funktionsfähige Opposition fehlt auf dem afrikanischen Kontinent vielerorts.

Die friedlichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten erfuhren internationale Sympathie und mediale Unterstützung; in Libyen und der Elfenbeinküste ist man sogar bereit, handfest in den Prozess einzugreifen. Als Endpunkt solcher Entwicklungen begreift die internationale Gemein-

Eine ausgewogene Parteienfinanzierung sollte Bedingung sein für Entwicklungshilfe.

schaft meist das medienwirksame Abhalten erster freier Wahlen mit ausländischen Wahlbeobachtern. Danach zieht der Tross ab, die junge Demokratie und vor allem die neu entstandene Opposition werden mehr oder weniger sich selbst überlassen.

Die internationale Gemeinschaft sollte aus den jüngeren Erfahrungen mit der Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent Lehren ziehen. Mit dem Abhalten von Wahlen ist es nicht getan. Junge afrikanische Demokratien produzieren trotz freier und vordergründig fairer Wahlen meist ein System, in dem eine Partei den Staat dominiert. Die Oppositionsparteien sind oft schwach und volatil: Vor jeder Wahl spriessen neue Parteien aus dem Boden. Sind die Wahlen vorbei, laufen die gewählten Oppositionspolitiker nicht selten zur Regierungspartei über. Innerhalb der Oppositionsparteien kommt es derweil zu Konflikten und

Aufspaltungen. Einerseits, weil es an ideologischem Zusammenhalt und Verankerung in der Bevölkerung fehlt. Andererseits aus finanzieller Not.

Während die Regierungspartei bei Wahlkämpfen auf staatliche Ressourcen wie öffentliche Angestellte, Fortbewegungsmittel und staatliche Medien zurückgreifen kann, haben Oppositionsparteien eine limitierte Präsenz. Das wirkt sich in dünn besiedelten Ländern mit bescheidener Verkehrsinfrastruktur besonders nachteilig aus.

Zudem fehlt eine starke Privatwirtschaft, die für ausgeglichene Kräfteverhältnisse sorgen könnte - oder sie kann es sich aufgrund ihrer Abhängigkeit von staatlichen Aufträgen nicht leisten, die Opposition zu unterstützen. Oppositionspolitiker müssen ihre Wahlkämpfe daher selbst finanzieren, was oft zur Verschuldung führt. Verständlich, dass sie bei geglückter Wahl empfänglich sind für Abwerbungsversuche der Regierungspartei.

Unverfängliche Möglichkeiten

Die internationale Gemeinschaft tut wenig, um diesem Defizit entgegenzuwirken. Wenn, dann wird die amtierende Regierung mit Entwicklungshilfe und Investitionen in sogenannte Good Governance, gute Regierungsführung, unterstützt, womit sich das Ungleichgewicht zwischen Regierung und Opposition noch verschärft.

Dabei könnte die Opposition relativ unverfänglich gestärkt werden: In vielen afrikanischen Ländern fehlt eine substanzielle staatliche Parteienfinanzierung gänzlich, oder sie wird nur auf Basis des Sitzanteils im Parlament vergeben, was wiederum die dominante Regierungspartei bevorteilt. Es wäre ein Leichtes, bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern neben Vorgaben zur guten Regierungsführung auch die Bedingung einer ausgewogenen staatlichen Parteienfinanzierung in den Kriterienkatalog aufzunehmen.

Dies wäre keine Intervention in den politischen Prozess, da ja alle Parteien profitieren würden. Vielmehr wäre es der erste Schritt zu einem echten demokratischen Wettbewerb. Was in der Wirtschaft für selbstverständlich angesehen wird, gilt auch für die Demokratie: Ein System kann sich nur nachhaltig verbessern, wenn es einem konstanten Wettbewerb ausgesetzt ist.

** Der Autor ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich.*

Japan Zwei Monate nach dem Tsunami steht das Land gleichzeitig in der Katastrophe, Bergungs- und Wiederaufbauphase. *Von Christoph Neidhart*

Leid, Kampf und erste Hoffnung

Bis die AKW-Ruine in Fukushima nicht mehr strahlt, dauert es noch ein halbes Jahr - oder länger. Bis sie demontiert werden kann, ein Jahrzehnt - oder länger. Zehn Jahre wird auch der Wiederaufbau der vom Tsunami zerstörten Sanriku-Küste beanspruchen. Doch zwei Monate nach der Katastrophe kann Japan eine erste Bilanz ziehen und einen Ausblick wagen.

Fast 25 000 Menschen sind tot oder vermisst; 95 Prozent kamen im Tsunami um. Fast 120 000 Menschen leben noch in Notunterkünften. Sie haben alles verloren, ihr Heim, ihre Jobs und viele auch Verwandte. 89 000 Häuser sind total zerstört, 250 000 Häuser teilweise. 4000 Strassenstücke, 71 Brücken und 26 Bahnstrecken wurden beschädigt. Etwa 80 000 Menschen mussten wegen Radioaktivität ihre Häuser verlassen, viele von ihnen vermutlich für Jahre.

Die Katstrophe dauert an

Katastrophen lassen sich in Phasen einteilen; auf die Phase der Rettung folgt jene der Bergung, in der man nicht mehr nach Überlebenden sucht, sondern Güter und Leichen sicherstellt, Trümmer wegräumt, die Überlebenden versorgt und eine Notinfrastruktur aufbaut. Die Zeit der Bergung ist die Zeit der Trauer. Danach folgt der Wiederaufbau und damit die erste Hoffnung. Meist kann man diese Phasen klar trennen. Meist liegt zwischen Bergungs- und Wiederaufbauphase ein Moment der Besinnung.

Nach der Dreifach-Katastrophe in Japans Tohoku-Region ist diese klare Trennung nicht möglich. Japan steckt noch in der Katastrophe, in der Phase der Bergung, in der Atempause danach und bereits im Wiederaufbau.

Während sich die Stabilisierung der AKW-Ruine hinzieht, wird die Bergung an der zerstörten Küste bald zu Ende gehen. Doch die Region droht in der Atempause zwischen Bergung und Wiederaufbau festzufahren. Die vom Erdbeben beschädigte Industrie im Hinterland dagegen, die Zulieferbetriebe der Automobil- und Elektronikbranche etwa, treibt den Wiederaufbau rasch voran. Sie arbeitet derzeit mit 60 Prozent Kapazität, bis im Sommer sollen es 90 Prozent werden.

Fukushima I steckt noch in der akuten Katastrophen-Phase. Tepcos Zeitplan, die Reaktoren bis Ende Jahr kalt abzuschalten, scheint zu optimistisch. Erst mit der Kaltabschaltung ist ein stabiles Zwischenstadium erreicht. Hinzu kommt: Obwohl die Regierung um die Verstrahlung des



11. Mai 2011: Polizisten suchen in Miyagi nach Opfern. Foto: Franck Robichon (EPA, Keystone)

Dorfes Iitate ausserhalb der Sperrzone wusste, evakuiert sie seine Bewohner erst jetzt. In der Stadt Fukushima, 60 Kilometer von der AKW-Ruine entfernt, dürfen die Kinder vieler Schulen nicht auf die Pausenplätze, weil diese allzu verseucht sind. Dieser Tage wird das Vieh in der Sperrzone notgeschlachtet. Die womöglich verstrahlten Kadaver sollen mit Planen abgedeckt liegen gelassen werden. Von den raschen Notzahlungen, die Tepco den Evakuierten schuldet, haben die meisten noch nichts gesehen.

Verzögerungen zu erwarten

An der Sanriku-Küste dagegen sind die Bergungsarbeiten fortgeschritten. Wo vor dem Tsunami eng gebaute Städtchen standen, ist jetzt aufgeräumtes Brachland. Allerdings weiss noch niemand, wie man 120 Millionen Tonnen Schutt entsorgt. So viel Müll produziert die Region sonst in 25 Jahren. Auch hier warten viele Überlebende auf die erste Hilfszahlung. Das Rote Kreuz macht die Lokalbehörden für die Verzögerung verantwortlich.

Premier Kan hat eine Wiederaufbau-Kommission ins Leben gerufen: Die will nicht bloss rekonstruieren, was war. Sie spricht von Öko-Städten,

die zudem altenfreundlich sein sollen. Und von Dezentralisierung. Diese Städtchen müssen freilich erst geplant und dann bewilligt und finanziert werden. Die Architekten wollen dezentral bauen, eine Ex-Wirtschaftsministerin empfiehlt, die Fischerei von bisher 253 regionalen Häfen auf vier Grossanlagen zusammenzulegen. Darüber wird man in Tokio lange streiten. Sogar der Bau von Containerhäusern zieht sich hin.

Die Regierung von Naoto Kan muss gleichzeitig zu Menschen in einer Katastrophe, zu Menschen in einer zu Ende gehenden Bergungsphase und zu Menschen und Firmen im Wiederaufbau sprechen. Den richtigen Ton kann sie dazu nicht finden, weil sie für diese verschiedenen Phasen verschiedene Töne bräuchte. Und die inkompetente, eigennützige, oft geradezu kindische Opposition wirft Kan, statt in eine Koalition einzutreten und Verantwortung zu übernehmen, schon wieder Steine in den Weg. Dabei hat sie als jahrzehntelange Regierungspartei Japans eingleisige Atompolitik durchgesetzt und Tepcos Schlampeien gedeckt. Folge ihrer Spielchen wird sein, dass sich Hilfe und Wiederaufbau verzögern.